

# Held über seine Südtirol-Rede.

## Eine Erklärung an die Adreife Mussolinis.

München, 11. Febr. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat dem Vertreter des „Popolo di Roma“ ein Interview gewährt, in dem er auf die Frage, aus welchem Grunde er die Rede gegen Italien gehalten habe, antwortet: Ich habe keine Rede gegen Italien gehalten. Ich habe in der allgemeinen Aussprache über den Etat des Ministeriums des Reiches und des Ministerpräsidenten im Bayerischen Landtag auf die von allen Parteien vorgebrachten Klagen über die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung in Südtirol erwidert. Ich habe dabei nach dem amtlichen Stenogramm wörtlich gesagt:

„Die Verhältnisse in Südtirol haben hier in einer durch- aus begreiflichen schweren Bedrängnis der deutschen Seele den Gegenstand heftiger Klagen und Anklagen gebildet. Wir fühlen alle mit der deutschen Südtiroler Bevölkerung. Das ist nicht nur ein selbstverständliches, sondern es ergibt sich aus den Verhältnissen, in denen gerade Bayern zu Tirol und auch zu Südtirol gehalten hat. Wir wissen, daß die Dinge nicht so zu sein brauchen, wenn in Italien wirklich der Geist der Befriedung die Oberhand hätte, und wenn nicht Leute am Werke wären, die nicht nur den Brüdern in Südtirol dieses Unrecht antun, sondern zugleich über dieses Unrecht hinaus auch die Befriedung der übrigen Welt auf das empfindlichste üben. Ich habe nicht selten den Eindruck, daß, wenn auch nicht die kulturelle Politik Italiens hinter diesen Dingen steht, doch inoffizielle Kreise, die ein sehr hartes Interesse daran haben, daß eine Befriedung nicht zustande kommt, ihre Hand dabei im Spiele haben.“

„Ich habe bei einer anderen Gelegenheit einmal davon gesprochen, daß wenn ich so manchen Spiegel der Ereignisse in unserem Süden vor mir sehe, ich mich nicht ganz des Eindrucks erwehren kann, daß auch Agents provocateurs dabei die Hände im Spiele haben. Wir können nur das eine tun, daß wir alles an Opfern bringen, was die Lage unserer Südtiroler erleichtert, und was dazu geeignet ist, sie wieder auf den Weg der Freiheit zu führen. Wir müssen aber auch von dieser Stelle aus gegen die brutale Vergewaltigung des Deutschen, die sich heute in Südtirol gegenüber feierlichem Versprechen vollzieht, härtesten Protest einlegen.“

„Die aus dem Zusammenhang mit den Reden der Abgeordneten hervorgeht, führte Ministerpräsident Held weiter aus, habe ich von einer „politischen Befriedung Südtirols“ weder dem Wortlaut, noch dem Sinn nach gesprochen. Ich hatte, wie jeder, der meine Rede mit anhörte, aus ihr entnehmen kann, im Auge, daß den Deutschen in Südtirol die Freiheit der Sprache, der Schule, des Religionsunterrichts und des Rechts gewährt werden sollte, wie sie selbst in Afrika Kolonialländern gewährt wird, und wie sie den Erfordernissen jedes Menschenrechts und Völkerrights entspreche. Jeder Mensch hat das Recht, seine Muttersprache zu sprechen, in seiner Muttersprache unterrichtet zu werden und in seiner Sprache Recht zu suchen und erhalten zu können. Es scheint allerdings, daß durch eine ungenaue Uebersetzung oder vielleicht durch falsche Uebersetzungen Mißverständnisse in der Auffassung meiner Rede in Italien entstanden sind. Es ist mir zurzeit nicht möglich, selbsterhellend, ob die Fehler und Mißverständnisse in der Uebersetzung der Rede hier in München oder anderswo entstanden sind. Ich möchte deshalb auch vorläufig keine weitere Vermutung über die Quelle der Mißverständnisse aussprechen.“

Auf die Frage, warum die bayerische Regierung den Boykott italienischer Waren gestatte, erklärte Ministerpräsident Held auf das Bestimmteste, daß die bayerische Staatsregierung mit den Boykottbestimmungen gegen Italien nichts zu tun habe. Sie habe sie weder veranlaßt, noch begünstigt; sie habe im Gegenteil wiederholt davor gewarnt und in möglichem Maße sowohl auf gewisse Organisations- als auch auf die Presse einzuwirken versucht. Im übrigen, so schloß der bayerische Ministerpräsident seine Darstellungen, bin ich überzeugt, daß jede Art von Boykottbewegung sofort aufhören wird, wenn die italienische Regierung auch der deutschen Bevölkerung in Südtirol die Freiheit gewährt, die Italien für seine eigenen nationalen Minderheiten in anderen Staaten versagt und erhält.

„Popolo di Roma“ schreibt dazu, Dr. Held habe seine bisherigen Aussagen stark abgeschwächt. Er habe die Zeitungen seines Landes desavouiert und leugne, daß er unfreundliche Absichten gegenüber Italien gehegt habe. Held lade

die Schuld für die Pressekampagne auf die Agents provocateurs, aber wenn er sage, daß die bayerische Regierung keinerlei Schuld an dem Boykott italienischer Waren trage, so brauche man ihm nicht zu glauben, ebensowenig wenn er sich für unschuldig erklärt an dem Ton der bayerischen Presse, denn man weiß in Italien zu genau, wie folgiam die deutsche Presse in auswärtigen Angelegenheiten ist. Das Blatt kommt zum Schluß zu der Feststellung, daß die beiden Reden Mussolinis bewirkt hätten, daß man in Deutschland auf diesem gefährlichen Wege nicht weitergehen werde, der zu bösen Folgen hätte führen können. (W.T.B.)

## Einlenken der italienischen Presse.

Mailand, 11. Febr. In der italienischen Presse wird die Rede Mussolinis als entspannend empfunden. Dem „Corriere della Sera“ wird von seinem römischen Korrespondenten geschrieben: Die Antwort Mussolinis will den Streit nicht verlängern, sondern ihm ein Ende machen. Wir halten eine Entspannung für unvermeidlich. Die öffentlichen Debatten waren für die allgemeine Verführung nicht nutzlos. Es ist nicht denkbar, daß unsere Beziehungen mit Deutschland daraus verbittert hervorgehen. Für das Dasein Deutschlands ist die Freundschaft mit Italien von größter Bedeutung. Daß sie nicht von den Folgen einer irreführenden Dege abhängig gemacht werden kann, ist die praktische Bedeutung der Polemik zwischen Berlin und Rom, die jetzt dem Abschluß sich nähert.“ Die „Tribuna“ ist der Ansicht, daß der Warnung Mussolinis an Deutschland eine heilsame Wirkung zukomme, an der auch vom diplomatischen Gesichtspunkte kein Zweifel möglich sei.

## Benech verwahrt sich gegen Mussolinis Angriff

Prag, 11. Febr. Mussolinis Vergleich der Südtiroler Verhältnisse mit den Minoritätsverhältnissen in der Tschechoslowakei wurde von der tschechoslowakischen Presse zunächst mit Stillschweigen übergangen. Sein abermaliger Hinweis in seiner Antwort an Stresemann bringt jedoch die tschechoslowakische Presse aus ihrer Reserve. So verwahrt sich das Benech nachstehende „Casele Slowo“ gegen die Art Mussolinis, und erklärt, daß seinen Behauptungen über die tschechoslowakischen Minoritätsverhältnisse dem Bestreben entsprungen seien, irgendeine Berechtigung für die italienische Aktion in Südtirol zu finden, wie denn jeder Schwächling seine Schuld durch Hinweis auf die Schuld anderer zu beschönigen sucht. Was die Tschechoslowakei betreffe, so habe sie ihren Minoritäten mehr gegeben, als sie durch die internationalen Verpflichtungen genötigt sei. Ein Hinweis Mussolinis auf die Tschechoslowakei sei ein höchst unglücklich Beginnen.

## Steigende Mißstimmung gegen Mussolini in Amerika.

New York, 11. Febr. Die Stimmung in Amerika gegen Mussolini ist nach dessen amtierender Rede in starkem Maße zunehmen begriffen. Man darf jedoch diese Stimmung nicht übertrieben, da das amtliche und das finanzielle Amerika übereinstimmend sich in diese innereuropäischen Einzelheiten einmengen. Die einzige Folge der Mussolini-Exzesse dürfte sein, daß Amerika sich nunmehr noch weniger als bisher bereit finden lassen wird, sich, wie einige Blätter ankündigen, vom Völkerbund einzulassen zu lassen, der die Vereinigten Staaten nur in unangenehme Fragen verwickeln würde. Die Abend- presse fährt fort, nach der jüngsten Rede noch härter gegen Mussolini Sturm zu laufen, wobei sie eine klare Trennung zwischen Italien und dem Diktator macht. „New York World“ meint, Deutschland könne nach seinem Eintritt in den Völkerbund auf Grund des Art. 19 den Zwischenfall vor das Forum der Liga bringen. 1918 hätte sich eine kaiserliche deutsche Regierung über die kindischen Drohungen Mussolinis wahr- scheinlich lustig gemacht, jetzt müsse jedoch Deutschland einen Weg suchen, um auf friedliche Weise aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen.

Rom, 11. Febr. Blättermeldungen zufolge wird der Prozeß gegen die des Wortes an Matteotti Angeklagten am 10. März in Ghetli beginnen.

## Die Großhandelsindexziffer.

Berlin, 11. Febr. Die auf den Sonntag den 10. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Reichsamt für Statistik im Vergleich mit dem Stande vom 8. Februar (119,2) um 0,3 Prozent auf 118,8 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrar-Produkte um 118,5 auf 118,0 oder um 0,4 Prozent, die Industriekasse von 129,9 auf 129,7 oder um 0,2 Prozent nachgegeben.

## Kopflöse Abstimmungen in der Kammer.

Paris, 11. Febr. Wie gestern abend berichtet, hatte die Kammer bei Erörterung der Besteuerung des landwirtschaftlichen Nutzens einen Antrag des kommunistischen Abgeordneten Renaud angenommen, die landwirtschaftlichen Kleinbesitzer von der Delegationspflicht und damit von der Besteuerung auszunehmen. Dieser Antrag war mit 416 gegen 109 Stimmen angenommen worden. Für den Antrag hatten u. a. die Radikalen, die Sozialistisch-Revolutionäre und die Sozialisten gestimmt. Als nun der Abgeordnete Dussan erklärte, daß durch diese Ausnahme das Programm des Finanzausschusses über den Hausen geworfen sei, berichteten 94 den Linksparteien angehörende Abgeordnete ihre Abstimmung. Das Stimmverhältnis war nunmehr 290 gegen 208. Die Abgeordneten begründeten ihre Korrektur mit den Worten: Wir haben die Tragweite des Antrages Renaud nicht begriffen. (1)

Die Kammer setzte dann die Beratung der Besteuerung des landwirtschaftlichen Nutzens fort und die Vorschläge des Finanzausschusses wurden dann mit gewissen Abänderungen unter Einfügung von Strafbestimmungen für Steuerhinterziehungen angenommen. (W.T.B.)

Paris, 11. Febr. Finanzminister Doumer hat heute vormittag vor dem Finanzausschuß der Kammer seinen vermittelnden Vorschlag für die Fassung des Art. 70 des Finanzgesetzes bez. die mobilen Werte vertreten. Der sozialistische Abgeordnete Renaud fragte den Finanzminister, ob er gewillt sei, diese Fassung auch im Senat mit aller Energie zu vertreten, was der Finanzminister bejahte. Darauf stellte Renaud den Antrag, den Artikel in der Fassung, wie ihn der Finanzausschuß angenommen hat, nochmals dem Plenum zur Annahme zu unterbreiten. Der kommunistische Abgeordnete Cahin forderte sofortige Abstimmung. Sie ergab, daß die Wiederherstellung der ursprünglichen Fassung des Paragrafen über die mobilen Werte mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen wurde. Sofort erhob sich der Generalberichterstatter Abg. Lamoureux und erklärte, daß er seine Demission geben werde. Es entstand eine große Erregung, und da angeblich einige Ausschußmitglieder falsch verstanden hatten (1), ist man, trotzdem durch die Abstimmung der neue Entwurf der Regierung zu Fall gebracht wurde, doch in dessen Beratung eingetreten. Diese ergab schließlich, daß die neue Fassung mit elf gegen vier Stimmen angenommen wurde. Generalberichterstatter Lamoureux erklärte darauf, daß er befriedigt und bereit sei, über den vom Finanzminister Doumer vorgelegten Antrag Bericht zu erstatten.

## Die Belgier und die Abrüstung.

Paris, 10. Febr. Wie dem „Journal“ aus Brüssel gemeldet wird, ist es allgemein bei der Ueberführung der 87 Fahnen der aufgelösten Regimenter, an der die Parlamentarier teilgenommen haben, zu Kundgebungen gekommen. Die Menge soll: „Es lebe die Armee!“, „Nieder mit Pouillet!“, „Nieder mit der Regierung!“, „Nieder mit den Verrätern!“, „Demission!“ geschrien haben. Pouillet, der der Feiler betagewohnt hat, ist nach dem „Journal“, als er im Amt ankam, mit den Rufen empfangen worden: „Nieder mit Pouillet“, während General und Offiziere bejubelt wurden. Nach der Feiler ist es Pouillet, der gegenwärtig interimistischer Minister der nationalen Verteidigung ist, kaum möglich gewesen, das Cercle des Offizieren im Jubiläumspark zu verlassen. Die Menge habe sogar versucht, mit Gewalt in das Cercle einzudringen und fortgesetzt die Demission Pouillets zu fordern, der im Augenblick gemilweh belacert wurde. Polizei und Gendarmerie haben ihn schließlich befreit. (W.T.B.)

Brüssel, 11. Febr. Der Kammerausschuß hat den Vorschlag der Regierung bez. die provisorische Herabsetzung der militärischen Dienzeit auf zehn Monate, die später endgültig auf sechs Monate festgesetzt werden soll, angenommen. (W.T.B.)

## Die Ergebnisse der Konferenz von Temesvar.

Temesvar, 11. Febr. Auf der Konferenz der Kleinen Entente beschäftigt man sich vor allem mit der Budapest Franzensfalscheraffäre. Die Minister beschloßen, sich in dieser Angelegenheit dem Vorgehen Frankreichs anzuschließen. Zu dem Plane eines Balkanpaktes erklärte Rintschitsch, Jugoslawien setze sich warm dafür ein, habe jedoch Rändig auf den Widerstand Griechenlands, so daß der Pakt wohl nicht zustande kommen werde. Duca teilte mit, daß das rumänisch-polnische Bündnis verlängert worden sei. In einem offiziellen Kommuniqué heißt es:

Die Minister Benech, Rintschitsch und Duca hätten über das Vorgehen auf der Abrüstungskonferenz eine Einheitslinie festgelegt. Das Zustandekommen und die Auswirkung der Locarno-Verträge seien Gegenstand eingehender Besprechungen gewesen, wobei die ausgesprochenen pazifistischen Einflüsse der Kleinen Entente in Erscheinung getreten sei. Im Interesse des Friedens sei zu hoffen, daß die Fall- münzengangelegenheit reiflos aufgehört und die notwendigen Verhandlungen ausgeführt würden. Die Kleine Entente habe beschloßen, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten. Die Staaten der Kleinen Entente hätten beschlossen, in den nächsten fünf Jahren in Fragen der internationalen Politik gemeinsam vorzugehen. Die nächste Konferenz werde im Mai in Jugoslawien stattfinden. (T. 11.)

Budapest, 11. Februar. Die Untersuchung in der Franzensfalscheraffäre ist nunmehr völlig beendet. Die französischen Kriminalkommissare erklärten bei ihrer heutigen Abreise aus Budapest, sie seien von dem Ergebnis der Untersuchung vollständig befriedigt. (T. 11.)

## Neue Maßnahmen gegen die deutsche Unversität in Prag.

Ausweisung der studierenden Ausländer. Prag, 12. Febr. Den an der hiesigen deutschen Universität studierenden ausländischen Hörern ist mit dem gestrigen Tage die Aufenthaltserlaubnis in der Tschechoslowakei entzogen worden, jedoch nicht denjenigen, die an der tschechischen Universität studieren. Die akademischen Behörden haben beim Polizeipräsidium dringende Vorstellungen erhoben.

## Kraffins Nachfolger in London.

London, 11. Febr. Da der schwer erkrankte Londoner Wirtschafter der Sewjet-Union kaum auf seinen Posten zurückkehren dürfte, rechnet man in englischen Kreisen mit der Ernennung des Admirals Behrens zu seinem Nachfolger.

## Die Genauigkeit

mit der wir die Vorordnungen Ihres Augenarztes ausführen, erspart Ihnen Zeit und Ärger, denn unser Grundsatz ist: Für die Augen nur das Beste.  
**Brillen-Roetig**  
Prager Straße 23

## Sozialistische Anträge zur Fürstent- entschädigung.

Berlin, 11. Februar. Wie man in parlamentarischen Kreisen hört, wollen die Sozialdemokraten am Freitag im Reichsausschuß des Reichstags Anträge einbringen, die den Kompromißantrag über das Sondergericht bei den Fürstentbesitzungen ermöglichen sollen. In der Hauptsache wollen die Anträge die Prozessrichter eliminieren und außerdem erreichen, daß auch ein abschließender Prozeß wieder ausgesetzt und nach dem neuen Richterschied entschieden werden kann. Diese Anträge gewinnen dadurch Bedeutung, weil bekanntlich die Einlegung eines Sondergerichts einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bedarf und man, da die Deutschenationalen sich bisher ablehnend gezeigt haben, in einigen Kreisen der Regierungsparteien damit rechnen, mit Hilfe der Sozialdemokraten das Kompromiß durchzubringen. Allerdings muß gesagt werden, daß, je mehr das Kompromiß zugunsten der Fürsten gestaltet wird, auch die Aussichten schwinden, daß es von den Regierungsparteien selbst noch für tragbar angesehen wird. Es gilt im besonderen Maße von der Deutschen Volkspartei und auch vom Zentrum.

Berlin, 11. Febr. Der Reichsrat beschloß heute in öffentlicher Sitzung mit 49 gegen 4 Stimmen bei Stimmenthaltung von Bayern, Württemberg und Braunschweig, keinen Einspruch gegen das Spektakel in Sachen der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den Fürsten zu erheben. Ruvor hatte der bayerische Gesandte erklärt, daß seine Regierung bereits im Rechtsausschuß des Reichstags ihrer Ansicht nach keinen Ausdruck gegeben habe, daß keine Rechtskompetenz für die Regelung der Verhältnisse der ehemaligen Fürstenthäuser bestehe. Nachdem in Bayern die einschlägigen Verhältnisse geregelt seien, werde Bayern durch das vorliegende Gesetz nicht berührt und entfalte sich der Stimme. Die gleiche Erklärung gaben die Vertreter von Braunschweig und Württemberg ab.

## Reichslandbundesvertreter bei Hindenburg.

Berlin, 11. Febr. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute eine Abordnung des Reichslandbundes unter Führung des Vorsitzenden des mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen. Als Sprecher der Abordnung führte dieser aus, daß die dringende Not der Landwirtschaft der Abordnung den Mut gegeben habe, sich an Hindenburg selbst zu wenden. Es sei das Wort geprägt worden: „Erst Brot, dann Reparationen!“ Die Dames-Kassen trahen dem deutschen Volke dieses Brot vom Rande weg. In Mecklenburg-Schwerin hätten 90 Prozent landwirtschaftlicher Betriebe mit einem Defizit abgeschlossen und ein großer Prozentsatz sei bereits der wirtschaftlichen Notlage erlegen. Zahlreiche andere bereiten auch bald ankommen zu brechen. Um dem deutschen Volke seine Nahrungsnotlage zu verschaffen, habe die Landwirtschaft ihren Betrieb außer Acht gelassen und durch übermäßige Betriebsaufwendungen eine Hektik auf sich genommen, deren Kurzfristigkeit und hoher Zinsfuß zum

Verhängnis werde und auch unmöglich aus dem Ertrag einer Ernte gedeckt werden könne. Dadurch seien die landwirtschaftlichen Produkte einer Spekulation ausgeliefert, die rückfälliger die Preise herunterdrücke, während die Erzeuger- kosten sich 50 bis 100 Prozent über Friedenspreis bewegten. Die deutsche Landwirtschaft appelliere an Hindenburg nicht allein auf Selbsthaltungstrieb, sondern weil es auch für den Staat verhängnisvoll werden müsse, wenn die Landwirtschaft als Steuerzahler ausfalle, und nicht mehr als Käufer aufzutreten könne.

Dann schilderten die Vertreter der einzelnen Provinzen und Länder die besondere Lage ihres Heimatbezirkes.

## Alle Ausführungen gipfeln in der Forderung nach Umwandlung der langfristigen Schuldverpflichtungen in einen langfristigen Realzins.

Das benötigte Entgegenkommen hinsichtlich der Wechsel- rückzahlung, die in dem Maße erfolgen könne, wie Realzins in die Landwirtschaft hineinfließe.

Reichspräsident v. Hindenburg versicherte in seiner Antwort, daß er stets mit warmem Herzen der Landwirtschaft gedachte, und daß er alle Kraft daransetzen wolle, ihr in der schwersten Notlage zu helfen. Seine Handlungsfreiheit sei allerdings durch Parlament und Regierung begrenzt, doch versage keine Ministerkürzung, in der man sich nicht ernsthaft und eindringlich mit der schwer um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft beschäftige. Man müsse sich darüber klar sein, daß bei der unendlich schwerer gewordenen Wirtschaftslage die Befundung nur Schritt für Schritt vorwärts gehen könne. Er schloß mit einem Appell an die Treue und den Fleiß des deutschen Landwirts und an die Erkenntnis, daß dem deutschen Volke nur durch Einigkeit geholfen werden könne.

Berlin, 11. Febr. Der Reichslandbund hat sich mit folgender Eingabe an den Reichsfinanzminister gewandt: Am 15. Februar sind Vorauszahlungen für die Einkommen- und Vermögenssteuer fällig, ferner sind seitens der Monatszahler Teilzahlungen auf die Umsatzsteuer zu entrichten. Dazu treten gleichzeitig noch die Zahlungen der Staats- und Gemeindesteuern. Nach den aus fast allen Reichsteilen gekommenen Nachrichten scheint es ausgeschlossen, daß bei der jetzigen Notlage und Verschuldung der Landwirtschaft diese Zahlungen geleistet werden können. Die bisher bestehenden Stundungsbeschlüssen reichen nach unseren Erfahrungen in keiner Weise aus, um hier die erforderliche Erleichterung zu schaffen. Nach den eigenen Erklärungen des Herrn Reichsministers der Finanzen hat das Reich mehrere hundert Millionen für Steuerermäßigungen zur Verfügung. Auch hat der Herr Reichsminister der Finanzen soeben selbst die besondere Notlage der Landwirtschaft anerkannt. Wir richten daher an den Herrn Reichsminister der Finanzen die dringende Bitte, keine Ausführungen im Reichstage am 10. d. M. auch in die Tat umzusetzen und allgemein welt- gehende Stundung und Niederlegung der Landwirtschaft ganz besonders schwer schädigenden Vermögens- und Einkommenssteueranzahlungen anzuordnen. Da die Zahlungen unmittelfach bevorstehen, wären wir für eine besondere Besichtigung dankbar.